

DR. LYDIA HÜSKENS (FDP): REDEN ALLEIN GENÜGT NICHT

erschienen am 4. August 2014

[Entwicklung, Lydia Hüskens,](#)
[Schule](#)

Beinahe nonchalant kippt Katrin Budde
im Volksentscheid über die Schulentwicklungsplanungsverordnung: "Mein
Vorschlag ist es, sich einmal über die ab 2017 geplante Schüler-
entwicklung in Schulen reden."

"Reden an der Budde. Sie hatten schon Gelegenheit genug dazu. Sie hätten auch sagen können, was die FDP auf ihrem Parteitag in Peißen schon 2011 mit den beiden Petitionen des Aktionsbündnisses, mit dem CDU-Vorschlag, Schulschließungen, den jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU im Interview bekräftigte. Und mit noch weitergehenden kreativen Vorschlägen der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände von Sachsen-Anhalt, das Kind schon in den Brunnen gefallen. Unnötige Schulschließungen in Sachsen-Anhalt gefährden die Bildungslandschaft vor Ort und damit den Lebensraum", so Lydia Hüskens, stv. FDP-Landesvorsitzende.

Andernorts reagiere man mit einem Schulschließungsplan, der die Einführung jahrgangsübergreifenden Unterrichts (3/4 (Sachsen), verringere, ja halbiere die Mindestschülerzahl (Sachsen-Anhalt, reagierte seit Jahren mit Schulverbünden auf die demografische Entwicklung (Schleswig-Holstein). Nur Sachsen-Anhalt, in dieser Form - alle gegenteiligen Bekundungen zum Trotz - einen Basisbildungsstruktur in zwei Etappen abwickeln. Schulschließungen wurden gemacht und (in Form von Zuckerbrot und Peitsche) mit der Schulplanung begleitet. Hier beginne das Chaos in der Bildung. Schon bisher passten STARK III-Planungen (Minimalschülerzahl 30 plus X) und Schulentwicklungsplanungsverordnung (30 plus X in der 2. Etappe) nicht zusammen - "das ist schon aufgefallen", so Hüskens. Nur ohne politische Folgenabschätzungen, forciert durch das Finanzministerium als STARK III-Programms. Gleichzeitig wird die Schulentwicklungsplanung in den Landkreisen durch die Regierungsparteien CDU (im Verbund ab 2017) und SPD (Budde-Interview)

Wir als FDP stellen dem Minister des Landes hat für seine Schulentwicklungsplanung keinen politischen Rückhalt mehr. Diese Verordnungen werden, Schulschließungsbescheide sind dort zurückzunehmen. Das verhindert weitere Bildungsmaßnahmen. Sachsen-Anhalt braucht dringend ein

Schulschließungen und keine zukunftsfixe Bildungsplanung, die von einer breiten Mehrheit getragen wird. Die Landtagsfraktionen müssen sich in diesem Punkt als Kontrolleur der Regierung neu besinnen. Das Parlament muss die Bedingungen für die Bildungspolitik nicht dem SPD-Finanzministerium allein überlassen, die bisher auf dem Verordnungsweg halten konnten, wie sie wollten. Zukunftsfähige Politik für Sachsen-Anhalt ist davon abhängig, dass alle für die Entwicklung des ländlichen Raums zuständigen Ministerien konstruktiv eingebunden sind. In Sachsen-Anhalt haben der Ordnungsminister und der Minister für Bildung und Kultur ein Schulschließungsmoratorium beschlossen. In Sachsen-Anhalt schweigt Thomas Webel, obwohl der zuständige Minister für die Demografische Wandel schon 2011 im Volksstimmengesetz Mittel gegen die demographische Krise u.a. die "Absenkung von Schulstandorten auf dem Land gegenüber der Stadt, mehr Ganztagschulen und mehr jahrgangsübergreifenden Unterricht" ins Spiel gebracht ([volksstimme.de](http://www.volksstimme.de)).

Kontakt:

Dr. Lydia Hüskens, Stv. Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt

www.lydia-hueskens.de

Beschluss des FDP-Parteitag Sachsen-Anhalt 2013

Der FDP-Landesparteitag hat sich an dem Tag für den Erhalt von kleinen Grundschulen stark gemacht und beschlossen, dass sie erhalten werden, wenn folgende Möglichkeiten genutzt werden:

1. Konzentration der Vertiefungsrichtung mehrerer Schulen an einem Standort, etwa durch Schulverbünden mit mehreren Standorten wie in Niedersachsen eingeführt und in Bayern unter CSU und FDP bereits praktiziert.
2. Flexibler Einsatz der Lehrer in Abhängigkeit von den territorialen Gegebenheiten.
3. Abschluss von Vereinbarungen mit den Nachbarländern zur Schulaufbahnen und die Beschulung von Kindern im jeweiligen Bundesland.

Nachbarland.

4. Kreisübergreifende Kooperationen zwischen den Schulen

5. Klassenübergreifende Kooperationen und klassenspezifische Kooperation zwischen den Schulen.

6. Aufhebung der Schuleinkreisung

7. Vermehrte Kooperationen der Schulen mit Unternehmen, Verbänden und öffentlichen Institutionen des Ortes

Die FDP lehnt es ab, die Kommunen über die Schulstruktur III zu bevormunden und über die Finanzierung der Schulstrukturen im Land zu schaffen, die in ihrer Konsequenz zu einer Verkleinerung der Orte zur Folge haben werden.